

Über die „Alternative für Deutschland“ und den Antisemitismus.

Die Etablierung rechtspopulistischer Parteien in europäischen Nationalparlamenten ist keine neue Erscheinung, sondern Normalzustand. Deutschland war bisher die Ausnahme, mit der Bundestagswahl im Herbst 2017 wird sich dies aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch ändern. Derzeit liegt die 2013 gegründete AfD in Umfragen bei 11-15 Prozent und damit muss ihr Einzug in den Bundestag als sicher gelten. Dass die Partei in mehreren Länderparlamenten und bald auch im Nationalparlament vertreten sein wird, macht es notwendig die politischen Positionen der AfD näher zu untersuchen. Der von Marc Grimm und Bodo Kahmann verfasste Aufsatz *AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität* leistet hierzu einen Beitrag.

Der Aufsatz analysiert die dominanten Bezugspunkte, die sich im Verhältnis der AfD zum Antisemitismus seit ihrer Entstehung herauskristallisiert haben. Der Fokus der Untersuchung ist auf drei Themenfelder gerichtet: Auf den völkischen und rechtsextremen Parteiflügel, der im Besonderen in den ostdeutschen Landesverbänden der AfD verankert ist; zweitens, auf die von einzelnen Landesverbänden und der Gesamtpartei vertretende Geschichtspolitik, die auf einer aggressiven Erinnerungs- und Schuldabwehr basiert; und drittens, auf Ansätze und Stimmen in der AfD, die dem pro-israelischen Kurs europäischer Rechtsparteien zugeordnet werden können.

Grimm und Kahmann kommen zum Ergebnis, dass die „Führungspersönlichkeiten der AfD im Umgang mit Antisemitismus in ihrer Partei stets das Nötigste getan [haben], um dem Vorwurf zu entgehen, indifferent gegenüber der Judenfeindschaft zu sein und um den Anschein zu wahren, bei der AfD handele es sich um eine bürgerliche Partei. Zugleich wird von der Führungsebene eine restriktive und konsequente Linie gegenüber Antisemiten abgelehnt und immer wieder auch antisemitische Tendenzen in der AfD bestärkt oder relativiert. Die kontingente Haltung der Parteispitze zum Antisemitismus verdeutlicht das Agieren von Frauke Petry. Im Jahr 2016 verurteilte sie zunächst Antisemitismus und Israelkritik und sprach sich nur kurze Zeit später für eine Wiederaneignung des Begriffes völkisch aus. Kritik am Antisemitismus kapriziert sich in der AfD auf die Einwanderungspolitik und steht in der Regel im Kontext einer migrationsfeindlichen Politik, die unter dem Etikett einer Islamkritik formuliert wird. Es ist offenkundig, dass Teile der AfD den Pro-Israelismus anderer rechtsradikaler Parteien in abgeschwächter Form kopieren [...]. Nicht trotz, sondern wegen pro-israelischer und antisemitismuskritischer Bekundungen, die eine politische und gesellschaftliche Isolation der AfD verhindert haben, kann sie als ein Katalysator für die Verfestigung antisemitischer Ressentiments in der deutschen Bevölkerung und für eine zunehmende Enttabuisierung und Normalisierung von Antisemitismus in der politischen Debatte wirken.“

Grimm, Marc/Kahmann, Bodo: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität, in: Grigat, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, Nationalismus und Geschlechterbilder, Nomos, erscheint Mai 2017.

Wir freuen uns, Ihnen auch in Zukunft gemeinsam Wissenschaft und Forschung näher zu bringen.